

Finanzamt, Pf. 2469, 65014 Wiesbaden

GVR - Dr. Gastl von  
Rosenberg & Kollegen GmbH  
& Co. KG  
Steuerberatungsges.  
Frankfurter Str. 8  
65189 Wiesbaden



## Bescheid

zum 31.12.2022

über die gesonderte Feststellung  
von Besteuerungsgrundlagen nach

§ 27 Abs. 2 KStG

und § 28 Abs. 1 Satz 3 KStG

Für  
Firma energypedia UG (haftungsbeschränkt)  
König-Adolf-Str. 12, 65191 Wiesbaden

### Feststellung

Es wird gesondert festgestellt:

das steuerliche Einlagekonto zum 31.12.2022 ..... €  
das durch Umwandlung von Rücklagen entstandene Nennkapital (Sonderausweis)  
zum 31.12.2022 ..... 0

### Feststellungsgrundlagen

Ermittlung des steuerlichen Einlagekontos und des Sonderausweises

|  | Vorspalte<br>€ | steuerliches<br>Einlagekonto<br>€ | Sonder-<br>ausweis<br>€ |
|--|----------------|-----------------------------------|-------------------------|
| <b>Anfangsbestände</b>   |                |                                   |                         |
| Bestand gemäß § 27 Abs. 2 Satz 1 KStG zum<br>Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres       |                | 0                                 |                         |
| Bestand gemäß § 28 Abs. 1 Satz 3 und 4 KStG<br>zum Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres |                |                                   | 0                       |
| <b>Endbestände zum Schluss des Wirtschaftsjahres</b>   |                | 0                                 | 0                       |

### Rechtsbehelfsbelehrung

Die in diesem Bescheid enthaltenen Verwaltungsakte können mit dem Einspruch angefochten werden. Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt oder bei der angegebenen Außenstelle schriftlich einzureichen, diesem / dieser elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären. Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat. Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief oder Zustellung mittels Einschreiben durch Übergabe gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Bei Zustellung mit Zustellungsurkunde oder mittels Einschreiben mit Rückschein oder gegen Empfangsbekenntnis ist Tag der Bekanntgabe der Tag der Zustellung. Bei Einlegung des Einspruchs soll der Verwaltungsakt bezeichnet werden, gegen den sich der Einspruch richtet. Es soll angegeben werden, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten wird. Ferner sollen die Tatsachen, die zur Begründung dienen, und die Beweismittel angeführt werden.

### Datenschutzhinweis

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter [www.finanzamt.de](http://www.finanzamt.de) (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

\*\*\*\*\* Fortsetzung siehe Seite 2 \*\*\*\*\*

Finanzkasse Limburg-Weilburg  
Walderdorffstraße 11, 65549 Limburg

Kreditinstitut:  
Ld Bk Hess-Thür Gz Ffm  
IBAN DE68 5005 0000 0001 0003 97 BIC HELADEFXXX  
BBk Filiale Frankfurt Main  
IBAN DE70 5000 0000 0051 0015 07 BIC MARKDEF1500

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im  
Internet unter [www.finanzamt.hessen.de](http://www.finanzamt.hessen.de)

Form.Nr. 014878 G

001257602

Rt. 20.06.2024 KSt 2022